

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schriftleitung: Hauptredaktion
Dresden-N. 1, Marienstraße 85/88

Bezugspreis vom 1. bis 12. Dezember 1929 bei täglich ständiger Zustellung pro Jahr 1,70 Mk.
Bezugspreis für Monat Dezember 1,40 Mk., einl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgeld).
Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet; die ein-
seitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.
Effektengeld 50 Pfg. Kündigungsfrist gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Mey & Neidhardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1008
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verbr. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Sechs neue Austritte

Die deutschnationale Reichstagsfraktion verliert die Abg. v. Reubell, v. Lindener-Bildau, Schlange-Schönungen, Hoersch, Mumm und Behrens - Amtsniederlegung Graf Westarp

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 4. Dez. Die Austrittsbewegung aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat heute ihren Fortgang genommen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete

von Lindener-Bildau

hat heute vormittag einen Brief an den Fraktionsvorsitzenden Graf Westarp gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt. Entsprechende Schritte der Partei gegenüber behält er sich vor, nachdem er mit seinem Wahlkreis Fühlung genommen hat. Die Wahlkreisleitung Hesse-Kassau ist sofort vom Abg. Lindener um die Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung ersucht worden.

Der Abg. Schlange-Schönungen

hat folgenden Brief an Graf Westarp gerichtet: „Hochverehrter Herr Graf! Nachdem die Entwicklung in der Deutschnationalen Partei in den letzten Monaten einen Weg genommen hat, von dem ich nicht glauben kann, daß er uns unseren nationalen Zielen näher führt, und nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß auf diese Weise meinem um sein Leben kämpfenden landwirtschaftlichen Berufsstand, ohne dessen Rettung es keinen deutschen Wiederaufbau gibt, keine wirkliche praktische schnelle Hilfe geleistet werden kann, scheidet ich hiermit aus der Fraktion aus.“

Auch der frühere Reichsinnenminister v. Reubell

hat in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden seinen Austritt erklärt. Bei diesen Austritten entsteht nun die schwierige Frage, ob jemand, der aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden ist, Mitglied der Deutschnationalen Partei bleiben kann. Eine Antwort auf diese Frage hängt wohl in hohem Maße davon ab, ob die bei den Landesverbänden amtierenden Ehrenmitglieder die Ausscheidung dieser Abgeordneten aus der Partei vollziehen, falls der Parteivorstand eine entsprechende Anordnung ergehen läßt. Weigern sich die örtlichen Ehrengerichte, dann würde die Sezessionsbewegung auch auf die Kreise draußen im Lande unmittelbar übergreifen.

Graf Westarp hat heute mittag in der Fraktionsfraktion der Deutschnationalen das Amt des Fraktionsvorsitzenden niedergelegt. Er bleibt aber in Partei und Fraktion.

Im Verfolg seines bereits gestern erfolgten Austritts hat der Abg. Treviranus an den Grafen Westarp ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Ich erkenne dankbar an, daß die Reichstagsfraktion unter erschwerten Umständen verhindert hat, mir ein Verbleiben in der Partei und in der Fraktion zu ermöglichen. Aber die durch das Vorgehen des

Herrn Parteivorstandes in Kassel und die weitere Entwicklung der Debatten in der Deutschnationalen Partei für mich geschaffene Zwangslage bedingte eine öffentliche Rechtfertigung meiner politischen Arbeit. Der Herr Parteivorstand hat den Entschluß zu einer entsprechenden Klärung nicht gefunden. Damit sind für mich die sachlichen und menschlichen Voraussetzungen für meine weitere Mitarbeit unter der heutigen Leitung der Partei fortgefallen. Ich bin daher gezwungen, meinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei zu erklären und demgemäß meine Mitgliedschaft in der Reichstagsfraktion aufzugeben.“

Der Abgeordnete Lejeune-Jung

veröffentlicht zu seinem Austritt aus der Partei folgende Erklärung: Trotz der Ereignisse, die sich im letzten Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei, insbesondere in der Konfessionsfrage, abspielten, habe ich es bisher für meine Pflicht gehalten, im Interesse der vaterländischen Sache in der Partei auszuharren, in der Hoffnung, neue Möglichkeiten für ein überzeugtes und fruchtbares Mitarbeiten auch für die katholischen Mitglieder der Partei wieder zu schaffen. Hierzu veranlaßte mich nicht zum wenigsten auch die durch langjährige Arbeit in der Partei unter der Führung von Graf Westarp und Graf Westarp so gestärkte Ueberzeugung, daß zwischen den positiv evangelischen und den katholischen Volksteilen eine schicksalbestimmende Abwehr- und Angriffsgemeinschaft gegenüber dem zeretzenden Zeitgeist besteht. Heute habe ich die schmerzliche Gewißheit, daß sich diese Schicksalsgemeinschaft, daß sich überhaupt eine christlich-konfessionale Weltanschauung unter dem letzten Parteivorstand und der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr in der erforderlichen Freiheit auswirken kann. Aus diesen Gründen habe ich mich mit dem Reichstagsabgeordneten Treviranus solidarisch erklärt und meinen Austritt aus der Partei und der Fraktion vollzogen.

Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Hoersch, Mumm und Behrens sind ebenfalls aus der Fraktion ausgetreten.

Im Reichstag sind übrigens im Laufe des heutigen Vormittags eine Bepfropfung von deutschnationalen und ausgeschiedenen Abgeordneten statt, an der u. a. teilnahmen die Abgeordneten Köhne, Dr. v. Dröbner, Schlange-Schönungen, v. Lindener-Bildau, Behrens, Dr. Mumm, Dr. Straßmann, Leopold, Dr. Rademacher, Schiele, der frühere Minister Koch und einige deutschnationale Landtagsabgeordnete. Es wird damit gerechnet, daß die Austrittsbewegung sich fortsetzt.

„Vom Brei zum Bloß“

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 4. Dez. Der Austritt von sechs deutschnationalen Abgeordneten aus Partei und Fraktion bildet das politische Tagesgespräch in der Reichshauptstadt. Einige Blätter teilen mit, daß für heute und die nächsten Tage weitere Austritte zu erwarten sind und daß diese Bewegung auch auf die deutschnationale Landtagsfraktion in Preußen übergreifen würde. Diese Entwicklung bleibt aber abzuwarten. Die Pläne der ausgeschiedenen Abgeordneten, die, wie gesagt, hoffen, noch weitere Persönlichkeiten zum Austritt bewegen zu können, sind ebenfalls noch nicht klar ersichtlich. U. a. wird von einer christlichsozialen Volkspartei gesprochen, die sich als eigene Partei zu etablieren plane. Einer solchen Partei würde es natürlich darauf ankommen, mindestens eine Fraktionsstärke, also 15 Reichstagsabgeordnete, zu zählen. Ob diese Ziffer erreicht wird, kann nur die Zukunft lehren. Unverkennbar ist der Eindruck, daß die Atomisierung des bürgerlichen Parteilebens fortgeschritten, denn, wie die Dinge auch liegen mögen: Parteien haben wir genug, und je mehr Parteien, um so größere Schwierigkeiten, die bürgerlichen Gruppen in eine einheitliche Frontstellung zu bekommen.

Selbstverständlich muß es jedem politisch wirkenden Abgeordneten unbenommen sein, das zu tun, was ihm sein Gewissen vorschreibt. Es wäre aber zweifellos wünschenswerter gewesen, wenn sich die Kämpfe um die deutschnationale Parteiführung im Schoße der Partei selbst und ohne Spaltungs- und Zersplitterungsbestrebungen abgepielt hätten, denn nun ist der Wirrwarr vollendet. Nach dem gestrigen Vorgang im Parteivorstand hat der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugenberg eine überragende Mehrheit für sich zu gewinnen verstanden. In den allerdings nach Uebernahme der neuen Parteiführung stark veränderten personellen Verhältnissen in Parteivorstand und Parteivertretung liegt

das Uebergewicht zweifellos beim Parteiführer.

dessen Bestreben es nunmehr war, auch das politische Exekutivorgan der Partei, nämlich die Reichstagsfraktion, dahin zu beeinflussen, daß sie sich den Wünschen von Parteiführung, Parteivorstand und Parteivertretung füge. Jeder, der die Verhältnisse kannte, wußte, daß dies nicht ohne Kämpfe abgehen konnte.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion war an eine Personalunion von Parteiführer und Fraktionsführer gewöhnt.

Graf Westarp hat seit Jahren beide Ämter verwaltet, und, da sie in einer Hand lagen, Konflikte von der Spitze her abbiegen können. Jetzt ist Parteiführung und Fraktionsführung getrennt. Beide Persönlichkeiten haben verschiedene Einstellungen zur praktischen Politik. Eugenberg, im Grunde antiparlamentarisch, glaubt an eine Ueberflügelungsbewegung durch die Schaffung einer stark zusammengefaßten und wohlgezielteren Partei und tritt für

Opposition auf lange Sicht

mit dem Ziele ein, die Mittelparteien so lange in einer Zwangscoalition mit den Sozialdemokraten zu halten, bis diese so weit zermürbt sind, daß er in gewissem Sinne die Bedingungen einer neuen Rechtskoalition würde diktieren können. Die Reichstagsfraktion ist nur zögernd auf diesem Wege gefolgt und hat alsbald eine Oppositionspolitik gegen die Parteiführung entwickelt, die von der Beurteilung ausgeht, daß eine grundsätzliche Opposition, die auf die Dauer zum Schaden der Partei anfallen müsse, nicht durchführbar sei, und daß man deshalb schon kurzfristig zu einer bürgerlichen Koalition kommen müsse, die im Hinblick auf die Beherzungen der sozialdemokratischen Politik insbesondere hinsichtlich der Wirtschaft dringlich sei.

Im Laufe der vielen Polemiken und öffentlichen Debatten ist fraglos das politische Kernproblem übersehen worden, und es darf auch nicht verschwiegen werden, daß die deutschnationale Opposition nicht zu sehr auf der Basis sachlicher Politik, als auf Grund von

persönlicher Antipathie gegen den neuen Parteiführer operierte.

Diese persönliche Spitze hat ihre Stellung um so weniger erleichtert, als sie dem Parteiführer ein einheitliches politisches Programm eigentlich nicht entgegengelehrt hat. Es muß zur Entlastung des Parteiführers gesagt werden, daß dieser sich bemerkenswert lange den persönlichen Angriffen gegenüber uninteressiert verhalten hat und erst dort zum personalpolitischen Gegenangriff überging, wo im Sinne der Parteidisziplin wohl nichts anderes mehr möglich war. Den Einwänden gegen Eugenberg, dem eine diktatorische Haltung vorgeworfen wird, muß auch entgegengehalten werden, daß die Opposition offenbar nicht die Kraft aufbrachte, innerhalb der Partei die Parteiführung zu erkämpfen, sondern den Kampf aus der Partei hinausverlegte.

Der Erfolg ist eine, wenn zunächst auch zahlenmäßig geringe Schwächung der Reichstagsfraktion, die von Eugenbergs Flügel offenbar nicht besonders traurig genommen wird, ja zum Teil sogar, wie in der heutigen „Deutschen Zeitung“ steht, ausdrücklich begrüßt wird. Man sieht da, daß die Partei einen weiteren Schritt vom Brei zum Bloß getan habe. Parteiorganisatorisch gesehen ist das zweifellos richtig, politisch psychologisch betrachtet allerdings ein Verlust.

Erfahrungsgemäß sind also Sezessionen eine mißliche Sache, und es wäre die Frage aufzuwerfen, ob nicht der große Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei doch Möglichkeiten für eine anderweitige Regelung der Frage geboten hätte. Der Stärkere ist zweifellos Dr. Eugenberg geblieben, während die Zukunft der Splitterparteien, politisch gesehen, immerhin problematisch erscheint.

In den Münchener Neuen Nachrichten wird zu den Austritten aus der Deutschnationalen Volkspartei geschrieben, wenn nicht alles trüge, bedeute die Entwicklung der Parteispaltung den Anfang des Aufbaues einer nationalen, aber nicht nationalistischen, einer konservativen, aber nicht reaktionären, einer entschiedenen, aber nicht blinden, einer zur Opposition bereit, aber auch zur Mitarbeit entschlossenen und befähigten Partei der Rechten.

Heute Vernehmung Böß' im Sklarek-Ausschuß

Berlin, 4. Dez. Die Verhandlungen des Sklarek-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages, der für 14 Uhr nachmittags den Oberbürgermeister Böß vorgeladen hat, und vorher auch Direktor Wolat vernommen will, beendeten heute besonderem Interesse. Die Publikumsplätze mußten vermehrt werden. Zunächst wurde jedoch dann der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert vernommen, der über gestrige Behauptung Novarras, Leinert habe als Oberbürgermeister von Hannover Waren von der BAW bezogen, und auch unehrliche Vertreter des Vaterlandsbundes an die BAW, empfohlen.

Abg. Leinert erklärte hieran: Ich kenne Novarra überhaupt nicht und muß sagen, daß es absolut unwahr ist, daß ich mit ihm wegen Lieferungen für Hannover gesprochen hätte. Dann wurde die Befragung des Stadtrates Beneke fortgesetzt.

Stadtrat Beneke

äußerte sich zu den einzelnen gegen ihn erhobenen Vorwürfen: Max Sklarek hat einmal in der Autowerkstatt des Sohnes meiner Frau aus erster Ehe, eines Schönberger, vorgeprochen. Mir ist von Sklarek keine Provision angeboten worden. Max Sklarek hatte sich vielmehr einen fest nicht mehr gebauten Typ ausgeliefert, weshalb die Firma ihm einen Preisnachlass gewährte. Den Rest erhielt dann der junge Schönberger, der sein Geschäft erst in den Anfängen hat und dem ich daher die Provision gönnte. Einige Monate später wollte Max Sklarek seiner Tochter einen Wagen zum Geburtstag schenken. Ich persönlich habe auch hier weder eine Provision beansprucht noch bekommen.

Den gesellschaftlichen Verkehr mit den Sklareks schildert Beneke u. a. wie folgt: Erst im Januar 1928 auf einem der zahlreichen interparlamentarischen Abende beim Stadtverordneten Rosenthal an denen Vertreter aller Fraktionen teilnahmen, habe ich Willy Sklarek kennen gelernt. Da wir etwa denselben Weg hatten, erbot ich mich, ihn in meinem Wagen mitzunehmen.

Vor Zusammenstoßen im Reichstag?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 4. Dez. Der Reichstag wird heute das neue Republikengesetz in erster Lesung beraten. Dabei dürfte es zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen kommen, nachdem bereits gestern von rechts, aber auch von ganz links der Versuch gemacht worden ist, eine Aenderung der Tagesordnung in letzter Stunde herbeizuführen. Dies ist jedoch an der Mehrheit des Reichstages am Schluß der gestrigen Sitzung gescheitert.

Schleppende Staatsberatung in Paris

(Drahtbericht unserer Pariser Korrespondenten)

Paris, 4. Dez. Die Beratungen der Kammer über den Haushaltsplan 1930 gehen trotz der drei Sitzungen, die man täglich und nachts abhält, nur langsam vorwärts. Die Ausichten, daß der Haushaltsplan noch vor dem 30. Dezember erledigt wird, werden immer geringer. Das Ausgabebudget von zwölf Milliarden ist noch unerledigt. Dann kommt noch die Generaldebatte über das Finanzgesetz, und der Senat muß noch den ganzen Haushaltsplan ebenfalls bewilligen. Die Oppositionsparteien treiben so etwas wie Obstruktion, da sie wissen, daß das

System der provisorischen Budgetwölfe,

mit dem Poincaré ganz gebrochen hatte, dem Ansehen des Kabinetts Lardieu nicht gerade nützen wird. Lardieu bemüht sich daher mit allen Mitteln, die Beschleunigung der Debatte durchzusetzen. Er hat gestern mit dem Büro der Kammer und mit den Vertretern aller Fraktionen, auch derjenigen der Opposition, darüber verhandelt. Nur die Sozialisten lehnten eine Aussprache mit Lardieu ab. Sie wollen sich nur morgen in der öffentlichen Kammer Sitzung dazu äußern. Lardieu hat den Fraktionen vorgeschlagen, die Zahl der beauftragten Fraktionsredner für die allgemeine Beratung jedes einzelnen Budgets auf einen einzigen Redner zu beschränken, oder überhaupt auf einen beauftragten Fraktionsredner zu verzichten. Bisher sind nämlich

für die allgemeine Beratung 176 und für die Artikelberatung 219 Redner eingeschrieben,

macht insgesamt 395 Redner. Von dieser Rednerarmee gehören 259 der Opposition an. Die Vertreter der Regierungsparteien haben Lardieu ihre Zustimmung gegeben. Die Radikalsozialisten wollen heute darüber beraten. Die Regierung macht vor allem geltend, daß, wenn das Budget bei Jahresluß nicht erledigt ist, auch die im Regierungsprogramm vorgezeichneten Steuererleichterungen und die großen neuen Reformkredite ab 1. Januar noch nicht in Kraft treten können, ebensowenig die neue Verfassungsgesetzgebung, die am 5. Februar in Kraft treten sollte. Vor allem aber will die Regierung, abgesehen von der Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzwirtschaft, den mit der zweiten Haager Konferenz, der Tagung des Völkerbundesrates und der Seeabrisungskonferenz reich besetzten Monat Januar nach Möglichkeit für parlamentarische Debatten entlasten, da gewisse Minister nicht gleichzeitig im Haag, in Genf oder London und in Paris sein können.